

Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 18/93 vom 1. November 2011, „Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland“**I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) beschloss in ihrer 8. Sitzung am 10. November 2011, die Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, Drucksache 18/93 vom 1. November 2011, „Bericht über die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki, Finnland“, zur Beratung und gegebenenfalls Berichterstattung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zu überweisen.

Der Ausschuss hat die Mitteilung des Vorstands in seiner 4. Sitzung am 11. Januar 2012 zur Kenntnis genommen und die darin dargestellten Feststellungen und Ergebnisse in seine weitere Arbeit einbezogen.

In seiner 11. Sitzung am 18. Juli 2012 hat der Ausschuss sich intensiv mit den Ergebnissen der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz auseinandergesetzt und dabei über Schlussfolgerungen für bremische Aktivitäten, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz saubererer Schiffstreibstoffe, die Zertifizierung bremischer Häfen nach dem Port Environmental Review System, PERS, und die Initiative „greenports“ beraten.

Im Zuge der Beratung ist deutlich geworden, dass Bremen sich in der Vergangenheit aktiv an der Erarbeitung von Lösungsansätzen für eine umweltverträglichere Schifffahrt beteiligt habe und weiterhin beteiligen werde. Der Ausschuss hat die Darstellung des Vertreters des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis genommen, dass eine zügige Ausweisung weiterer Meeresgebiete als Schwefelemissionsüberwachungsgebiete, SECA, begrüßt werde, um unterschiedliche Wettbewerbsvoraussetzungen innerhalb Europas zu beseitigen, und sich aus der Übernahme der Regeln nach MARPOL, dem internationalen Übereinkommen zur Verhütung von Meeresverschmutzung durch Schiffe, auch Chancen ergeben könnten, in der Seeverkehrswirtschaft Bemühungen zu verstärken, den Kraftstoffeinsatz mittels technischer Neuerungen und optimierter Streckenführung zu reduzieren, somit auch vorhandenen und auch im Ausschuss geäußerten Bedenken hinsichtlich etwaiger Kostensteigerungen zu begegnen und letztlich die Kosten für die Seeverkehrswirtschaft sogar zu verringern.

Auch die Förderung technischer Lösungsansätze zur Abgasreinigung auf Seeschiffen, wie zum Beispiel der Einsatz sogenannter Scrubber, werde nach den Erläuterungen der Vertreter des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und von Bremenports weiterverfolgt, und der Einsatz von Flüssiggas, LNG, gewinne als Alternative zum herkömmlichen Treibstoff zunehmend an Bedeutung. In Bremen verfolge demnach ein LNG-Arbeitskreis die Zielsetzung, die Bereitstellung und Nutzung von LNG als vergleichsweise kostengünstigerem Kraftstoff zu fördern, der aus ökologischen und ökonomischen Gründen erhebliche Vorteile gegenüber herkömmlichen Treibstoffen verspreche.

Der Environmental Ship Index, ESI, biete ferner einen Ansatz, um ökonomische Anreize für diejenigen Schiffe zu bieten, die freiwillig über die von der Weltschifffahrtsorganisation IMO gesetzten Umweltstandards hinausgingen. In Bremen seien für solche Schiffe geringere Hafengebühren zu entrichten. Nachdem

der ESI in der Bremischen Hafengebührenordnung Berücksichtigung gefunden habe, sei das Thema auch aufseiten der Reeder für deren weitere Flottenplanung auf größeres Interesse gestoßen, weil das Betreiben emissionsärmerer Schiffe belohnt werde und diese Kostenaspekte für Reedereien auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu berücksichtigen seien.

Die in den bremischen Häfen im September 2009 begonnene greenports-Initiative solle darauf abzielen, die Weiterentwicklung der bremischen Häfen am Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten und dabei ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in Hafenmanagement, Hafengebiet und weiterer Wertschöpfungskette von Hafenwirtschaft und Logistik zu beachten. Insoweit sei mit der Initiative insbesondere beabsichtigt, das als Ergebnis der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz postulierte Ziel einer integrierten Meerespolitik angesichts ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Bedeutung aufzugreifen und im Rahmen der für das Land Bremen bestehenden Möglichkeiten aktiv zu unterstützen.

Der Ausschuss hat weiterhin zur Kenntnis genommen, dass der im April 2010 erfolgte Zertifizierung der bremischen Häfen nach dem Umweltmanagementsystem PERS (Port Environmental Review System) in diesem Kontext eine besondere Bedeutung zukommen solle und insoweit eine Rezertifizierung im Frühjahr 2013 mithilfe geeigneter und erforderlicher Maßnahmen angestrebt werde. Auch der Einsatz dieses freiwilligen Instruments des vorsorgenden Umweltschutzes solle das möglichst rasche Erreichen von Zielen unterstützen, wie sie sich auch aus der Entschließung der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz im Hinblick auf eine integrierte Meerespolitik ergeben.

II. Antrag und Beschlussempfehlung

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Ergebnisse der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz zur Kenntnis und begrüßt die für ein Erreichen der darin dargestellten Ziele erforderlichen Aktivitäten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Empfehlung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft zur weiteren Beteiligung an der Ostseeparlamentarierkonferenz und Entsendung von zwei Vertreterinnen und Vertretern.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt im Übrigen den Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Kenntnis.

Frank Schildt
(Ausschussvorsitzender)